

Merkblatt

Gastschulbesuch niedersächsischer Schülerinnen und Schüler in öffentlichen Schulen in Hamburg

Zwischen Niedersachsen und Hamburg ist zwar das ursprüngliche "Abkommen über die Verbürgung der Gegenseitigkeit und Gleichbehandlung für den Besuch öffentlicher Schulen" vom 10.07.1963 bestehen geblieben, Hamburg hat jedoch seine Kapazitäten für die Aufnahme niedersächsischer Schülerinnen und Schüler an allgemeinbildenden Schulen generell für erschöpft erklärt und sich damit nach dem Abkommen ("im Rahmen der vorhandenen Aufnahmemöglichkeiten") von der Verpflichtung zur Aufnahme niedersächsischer Schülerinnen und Schüler weitgehend befreit.

Nach dem Ergänzungsabkommen zu dem Gegenseitigkeitsabkommen vom 13.06.1996 nimmt Hamburg niedersächsische Schülerinnen und Schüler in öffentliche allgemeinbildende Schulen in Hamburg grundsätzlich nur noch in Härtefällen auf, d.h. nur dann, **wenn die Aufnahme der Schülerinnen und Schüler nach Abwägung der privaten mit den öffentlichen Belangen zur Vermeidung unzumutbarer Härten insbesondere unter dem Gesichtspunkt des Schulweges oder der Betreuung erforderlich ist. Ob ein Härtefall vorliegt, entscheidet die Hamburger Schulbehörde.**

Eine Mitwirkung niedersächsischer Schulbehörden ist nur in den Fällen geboten, in denen nach dem Gegenseitigkeitsabkommen von 1963 eine Genehmigung erforderlich ist. Das gilt für Volksschulen (heute: Grundschulen, Beobachtungsstufen, Hauptschulen) und Förderschulen, mit Ausnahme der folgenden Regelung:

Wegen des besonderen Interesses Niedersachsens, Förderschülerinnen und Förderschüler für die im niedersächsischen Umland zu Hamburg kein schulisches Angebot vorhanden ist, auch künftig den Besuch entsprechender Schulen in Hamburg zu ermöglichen, zahlt das Land Jahresschülerbeiträge an Hamburg. Hamburg hat sich im Gegenzug verpflichtet, für Schülerinnen und Schüler aus Niedersachsen an öffentlichen hamburgischen Sonderschulen für **Körperbehinderte, Gehörlose, Schwerhörige sowie Blinde und Sehbehinderte** eine bestimmte Anzahl von Schulplätzen, die auf der Grundlage aktueller Schülerzahlen ermittelt wurden, vorzuhalten.

Voraussetzung für die Aufnahme ist

- a) die Feststellung des sonderpädagogischen Förderbedarfs und
- b) die Zuweisung in die spezielle Hamburger Sonderschule.

Die Zuweisung nach b) schließt die nach dem zwischen der Freien und Hansestadt Hamburg und dem Land Niedersachsen geschlossenen Abkommens vom 10.07.1963 für den Besuch von Pflichtschulen erforderliche Genehmigung der für die Schulaufsicht zuständigen Behörde ein.

Der Besuch von Berufsschulen (Pflichtschulen) bedarf dagegen generell der Genehmigung der niedersächsischen Schulbehörde.